

REGIERUNG VON OBERFRANKEN FORDERT GANZHEITLICHE PLANUNG

Bis zu drei Bauabschnitten im Gebiet „An der Rodach“ – Voraussetzung für Städtebaufördermittel

Steinwiesen (dl) In seiner jüngsten Sitzung unter Vorsitz von Erstem Bürgermeister Gerhard Wunder hatte sich der Marktgemeinderat erneut mit der Gestaltung des linken Rodachufers und des angrenzenden Bereichs oberhalb des Beierswehrs in Steinwiesen zu befassen. Nachdem aus Kostengründen eine bereits vorliegende Planung für den Uferbereich reduziert worden war, fordert jetzt die Regierung von Oberfranken als Voraussetzung für die Gewährung von Städtebaufördermitteln eine ganzheitliche Planung unter Einbeziehung des Umgriffs, um so dem städtebaulichen Kontext gerecht zu werden. Dies, so Erster Bürgermeister Gerhard Wunder, müsse nach Auffassung der Regierung von Oberfranken aber keineswegs gleich oder zeitnah realisiert werden, sondern könne in spätere Bauabschnitte gegliedert werden. Lediglich die Planung sei gleich ganz einzureichen. Durch einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn könne der Abbruch des Anwesens „An der Rodach 4“ erfolgen sowie die Ausschreibung weiterer Gewerke. Die Maßnahme werde also heuer auf jeden Fall begonnen. Ferner, so der Bürgermeister, müsse die Planung nach Auffassung der Regierung von Oberfranken mit den bereits definierten Zielen im Rahmen der ISEK-Aktion im Einklang stehen. Dort sei der Ausbau des Umfeldes der Rodachufer zentraler Planungsinhalt. Anstelle der Floßanlegestelle könne auch ein Zugang als Treppe realisiert werden. Ferner sollte mit den Nachbarn nochmals verhandelt werden, um die Grünflächen zu erweitern, da nach Auffassung der Regierung zu viele undifferenzierte Asphaltflächen derzeit geplant seien. Weitere einzelne Grundstücksverhandlungen seien zur Optimierung der Planung zu führen. Der erste Bauabschnitt müsse keineswegs teurer werden als die bisherige abgespeckte Version. Marktgemeinderat Peter Schmittnägel bezeichnete weitere Planungserfordernisse als „rausgeschmissenes Geld“. In Friesen liege seit langem ein Floß in der Kronach „vor Anker“, ohne dass sich irgendjemand daran störe. Etwas ähnliches müsse man auch in Steinwiesen bewirken.

Bürgermeister Wunder antwortete, dass man hier einen Mittelweg gehen würde, der allen sachlichen und rechtlichen Belangen gerecht werde. Auf einen baldigen Beginn, also im Frühjahr dieses Jahres, drängte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Wunder. Auf Anfrage wurde ihm durch Bürgermeister Wunder nochmals bestätigt, dass keine Verpflichtung zur

Realisierung der zu planenden Bauabschnitte II und III heute und morgen bestünde.

SPD-Fraktionsvorsitzender Richard Rauh bedauerte, dass man mit der geforderten Planung die Dinge nicht mehr alleine mit gemeindlichen Mitteln werde beeinflussen können. Man sei auf ein Good Will der Nachbarn angewiesen. Diese, so Bürgermeister Wunder, entscheiden aber natürlich selbst, inwieweit sie der Gemeinde entgegenkommen wollen. Nachdem die Maßnahme durch den Staat mit stattlichen 60 Prozent gefördert werde, so Marktgemeinderat Rudi Kotschenreuther, sollte man die neuen Planungsaufgaben nicht so tragisch sehen. Man könne im Gegenteil so auf jeden Fall mehr für den Ort tun als bei einem Verzicht auf Zuschüsse zur Vermeidung der Auflagen möglich wäre. Dies sah auch Erster Bürgermeister Gerhard Wunder so, der eine gute Zusammenarbeit mit der Förderstelle der Regierung von Oberfranken als wichtig ansah. Die neuen Vorschläge seien qualitativ nicht von der Hand zu weisen. Marktgemeinderat Richard Rauh sah es trotzdem als problematisch an, dass man in vorausgegangenen Sitzungen abgespeckt habe und jetzt Planungen entwickeln müsse, die sich im Wesentlichen auf Privatgrund und die damit verbundenen Ungewissheiten beziehen.

Mit einer Gegenstimme - von Marktgemeinderat Peter Schmittnägel - wurde schließlich der Beschlussvorschlag angenommen, wonach die Planung unter Einbeziehung der Zufahrten zur Staatsstraße 2207 zu überarbeiten sei. Auch die sonstigen neuen Aspekte wurden in den Beschluss mit einbezogen.

In seinen obligatorischen Informationen wies Erster Bürgermeister Gerhard Wunder auf die unerlaubte Einleitung von Gülle oder Jauche in den Oberflächenwasserkanal in Birnbaum hin. Polizei und Wasserwirtschaftsamt konnten keinen Täter ermitteln.

Keine Einwendungen erhob der Marktgemeinderat im Rahmen der erneuten Auslegung des Bebauungsplans „Gries II“ der Nachbargemeinde Marktrodach. Wegen eines dortigen Formfehlers musste die Auslegung wiederholt werden. In diesem Bereich soll ein Markt mit 1.200 m² und ein Getränkemarkt mit 600 m² Fläche entstehen.

Bürgermeister Wunder und Kämmerer Deuerling gaben die Ergebnisse der kostenrechnenden Einrichtungen im Jahr 2011 bekannt. Im Bereich Abwasser konnte man im Kalkulationszeitraum zunächst Überschüsse von 30.000, 16.000 und 36.000 Euro verzeichnen, 2011 jedoch ein Minus von knapp 16.000 Euro. Bei der Wasserversorgung konnte 2010

ein positives Ergebnis von 9.500 Euro erwirtschaftet werden, im Jahre 2011 gab es ein Defizit in etwa gleicher Höhe mit 9.700 Euro. Die Ausgaben für das Erlebnisbad und das Haus des Gastes beliefen sich 2011 auf 461.000 Euro und ergaben ein Betriebskostendefizit von 249.000 Euro, mit dem man im Rahmen der Vorjahre liege. Ohne kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen beträgt das Defizit 220.000 Euro. Die Einnahmen und Ausgaben im Bereich Fremdenverkehr führen zu einem geringen Plus von 1.300 Euro. Die Park- und Gartenanlagen bewirken ein Defizit von 22.000 Euro und die sonstigen Erholungseinrichtungen von zirka 4.000 Euro. Zusammengefasst ergeben die Erholungseinrichtungen für Tourismus und Naherholung ein negatives Ergebnis von 274.000 Euro, ohne kalkulatorische Kosten 239.000 Euro. Bei den Friedhöfen gibt es eine Unterdeckung von zirka 13.000 Euro. Erster Bürgermeister Gerhard Wunder und die Marktgemeinderäte waren sich darin einig, derzeit keine Anpassungen für diese Einrichtungen vorzunehmen. Das Marktwesen brachte ein Ergebnis von minus 1.600 Euro, was für eine Kommune, die sich Markt nenne, tragbar sei.

In der anschließenden Diskussion hinterfragte Marktgemeinderat Peter Schmittnägel die gestiegenen Energiekosten im Bereich Erlebnisbad, wo man von der Gasversorgung auf die Lieferung durch die REW GmbH mit Holzhackschnitzelbeheizung umgestellt habe. Bürgermeister Wunder wies darauf hin, dass man die Wertschöpfung in der Region halte. Abschreibungen, so Kämmerer Rainer Deuerling, für die Heizanlage seien jetzt nicht mehr nötig, da man keinen Ersatz für eine Heizungsanlage brauche, da die die REW die Energie stets liefere. Der Marktgemeinderat nahm die Ergebnisse der Betriebsabrechnungen zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, neue Kalkulationen bei Wasserversorgung und Kanalisation zu erstellen.

Auf der Tagesordnung stand die Anregung von Peter Wahlich in der jüngsten Bürgerversammlung, eine Urnenwand im Steinwiesener Friedhof zu schaffen. Die Vermögensverwaltung hatte dazu Angebote eingeholt, die sich je nach Ausführung von 25.000 bis 37.000 Euro bewegen. Der Auffassung von Erstem Bürgermeister Gerhard Wunder, dass hierfür gegenwärtig kein Bedarf erkennbar sei, schlossen sich die Marktgemeinderäte unisono an. Fraktionschef Richard Rauh erklärte für die SPD, dass dies gegenwärtig wohl nicht in Betracht komme und CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Wunder schlug vor, dies bei der nächsten anstehenden Sanierung im Friedhofsbereich zu diskutieren. Marktgemeinderätin Carmen Wilde verwies auf die steigenden Bestattungskosten und eine andernorts bereits praktizierte Alternative, wo die Urnen in einem gemeinsamen Rosenbeet beigesetzt seien.

Einstimmig bestätigt wurde eine Antwort von Verwaltungsrat Joachim Doppel an die Telekom, wonach der beabsichtigte Abbau von Telefonzellen und Telefonsäulen nicht stattfinden solle. Der Marktgemeinderat verwies darauf, dass die Telefonzellen in der Leitsch und im Bereich Gries aus vielfältigen Gründen unbedingt erhalten bleiben sollten.

Joachim Doppel
dl